Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

141 (23.5.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsern Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 22.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 26.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 26.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 26. monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.
Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 209. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joh. für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jüglez, Berlin-Pankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 141. — Dienstag, den 23. Mai 1922 — Erstes Blatt.

Blockpolitik.

Von Dr. Fritz Mittelmann, M. d. R.

Friedrich der Große hat einmal gesagt: „Habe ich ein Pferd, das stolpert, sonst aber gut ist, so behalte ich es lieber, als daß ich ein neues nehme, dessen Fehler ich nicht kenne. Das gleiche muß von den Ministern gelten, nämlich, daß man mit ihnen so wenig wie möglich wechselt." Diese Lehre des großen Preußenkönigs, die im absoluten Staat ihre Geltung hatte, sollte auch in unserer Zeit entsprechende Beachtung finden, denn der heutige Zustand in Deutschland, bei dem eine Regierung die andere in raschem Wechsel ablöst, ist unvereinbar mit den wahren Interessen von Reich und Staat.

In diesen Bemerkungen ist eine der Kernfragen unserer ganzen inneren Politik enthalten. Das Ziel muß sein, einen Zustand von einer gewissen Dauer heraufzuführen, sodaß der betreffenden Regierung die Möglichkeit des Einarbeitens und der Aufstellung eines Arbeitsprogramms für eine längere Zeitspanne gegeben wird. Im Laufe von wenigen Monaten oder gar Wochen kann keine Regierung, wie immer sie auch geartet sei, Gedeihliches leisten. Man kann in einer sehr kurzen Spanne Zeit zwar sehr viel verderben und zerstören, aber nur sehr wenig aufbauen.

Wie ist ein solcher Zustand von Dauer im Zeitalter des parlamentarischen Systems, bei dem die Mehrheit der Parteien den Ausschlag gibt, heraufzuführen? Der springende Punkt hierbei ist das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie. Wenn man sich die Zahlenverhältnisse, die im derzeitigen Reichstag herrschen, betrachtet, dann wird man ohne weiteres das so oft gedankenlos ausgesprochene Wort von einer Rechtsregierung als leere Phrase erkennen. Von den 466 Mitgliedern des Reichstages gehören 128 den beiden Rechtsparteien an. Diese befinden sich also den anderen Parteien gegenüber in einer hoffnungslosen Minderheit. Eine rein bürgerliche Regierung, bestehend aus den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und dem Zentrum würde zwar über 262 Mitglieder verfügen, also die Mehrheit des Reichstages hinter sich haben. Allein diese Lösung ist nur in der Theorie möglich. Läßt man die Deutschnationale Partei fort und beschränkt sich auf die übrigen bürgerlichen Parteien, dann kommt, auch wenn die Bayrische Volkspartei hinzugerechnet wird, eine Minderheitsregierung heraus, wie wir sie beim Kabinett Fehrenbach-Heinze hatten, das, eben weil es eine Minderheitsregierung war, auch nur eine vorübergehnde Erscheinung sein konnte. Das gegenwärtige Kabinett Wirth, das Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten umfaßt, ist zahlenmäßig von sich aus auch nicht stark genug, um sich auf die Dauer ohne Hilfe von rechts oder von links halten zu können.

Anders liegen die Verhältnisse, wenn man eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien ohne die Deutschnationalen mit den Mehrheitssozialdemokraten ins Auge faßt. Diese Kombination, die heute praktisch bereits insofern besteht, als die Deutsche Volkspartei durch ihre Haltung vor Genua dem Kabinett Wirth Unterstützung zuteil werden ließ, hat eine überwältigende Mehrheit hinter sich, nämlich 309 von 466 Abgeordneten. Mit einer solchen Mehrheit läßt sich eine Politik auf lange Sicht treiben und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch.

Die Deutschnationalen müßten vom vaterländischen Standpunkte aus eine derartige Entwicklung begrüßen, denn durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung würden auch ihre Anschauungen in erheblichem Maße zur Geltung gebracht werden. Die Deutsche Volkspartei würde auf die Art gewissermaßen zur Treuhänderin der Deutschnationalen in der Regierung. Für eine derartige Regierung ist im Bürgertum nicht nur viel Verständnis vorhanden, sondern der Ruf weiter Kreise verlangt gebieterisch derartige Entwicklung. Aus dem gegenwärtigen Chaos der inneren Politik müssen wir heraus, denn nur dann können wir hoffen, auch wieder entsprechend nach außen wirken zu können. Dies kann aber nur geschehen, wenn man die verständigen Schichten der Arbeiterschaft, die heute noch zum größten Teil bei den Mehrheitssozialisten organisiert sind, hinter sich hat. Dabei soll die christliche und nationale Gewerkschaftsbewegung in ihrer Bedeutung gewiß nicht verkannt werden, aber bei vollster Würdigung ihrer dankenswerten Bemühungen wird man doch zugeben müssen, daß sich die Hauptmasse der Arbeiterschaft noch immer im Lager des Sozialismus befindet. Ist dies aber eine Tatsache, dann ist es klüger, mit den gemäßigten Elementen unter ihnen zusammenzuarbeiten, als die ganze Mehrheitssozialdemokratie durch Zurückstoßung an die Seite der Unabhängigen zu drängen.

Weite Kreise in der Mehrheitssozialdemokratie, allen voran einsichtige Führer, haben längst eingesehen, daß die Lehren des Marxismus in der Praxis undurchführbar sind, und darum wenden sie sich in immer stärkerem Maße von dieser Lehre ab und der bürgerlichen Welt- und Wirtschaftsauffassung zu. Wer die Gesundung unserer deutschen Verhältnisse ernstlich anstrebt, muß diesen Entwicklungsgang mit aller Macht unterstützen. Durch nichts kann diese Entwicklung aber vorteilhafter gefördert werden, als durch die Bildung einer Regierung von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten.

Politische und wirtschaftliche Krisen.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Nach acht oder zehn Sitzungstagen, an denen das Gespenst der Langweile im Plenarsaale des Reichstages herrschte und auch die arbeitseifrigsten Abgeordneten immer wieder in die Wandelhalle und in die Frauktionszimmer hinaustrieb, vermochte endlich einmal wieder eine Ministerrede über ein lebenswichtiges Thema die Aufmerksamkeit eines leidlich gefüllten Hauses zu fesseln. Die Beratungen des Etats des Reichswirtschaftsministeriums veranlaßten den soeben aus Genua zurückgekehrten Reichswirtschaftsminister Schmidt, ein sehr düsteres Bild von der Wirtschaftslage Deutschlands zu entwerfen. Der Minister ging aus von den katastrophalen Preisbewegungen, die sich in letzter Zeit in Deutschland entwickelt hatten und wies darauf hin, daß die Nachwirkungen unseres zerrütteten Wirtschaftsorganismus infolge des Krieges die Preisbildung ungünstig beeinflussen. Zur Frage der Ausfuhrbeschränkung erklärte der Minister in bemerkenswerter Weise, daß die Ausfuhrbeschränkungen auch in Zukunft vorläufig noch nötig seien, weil wir sonst Gefahr liefen, daß unsere eigene Produktion erstickt würde.

Als besonders ernst bezeichnete der Minister die Kohlenfrage. Es müsse im Auge behalten werden, daß der Bedarf an Kohlen leider aus unserer eigenen Produktion nicht gedeckt werden könnte und wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, daß die Verluste von kohlen- und erzreichen Gebieten uns dauernd in die Lage versetzen, Kohlen vom Auslande einzuführen. Will man das für die Zukunft beseitigen, dann bleibt keine andere Möglichkeit übrig, als neue Kohlenfelder zu erschließen und zwar hauptsächlich im Ruhrgebiet. Einstweilen, so stellte der Minister fest, vermag die Eisenbahn, dem normalen Bedarf an Kohlen, namentlich in den nördlichen Teilen Deutschlands, nicht gerecht zu werden.

Inzwischen war im Reichstag bekannt geworden, daß der Reichskanzler die Parteiführer voraussichtlich heute Dienstag zu sich berufen werde, um über Genua Bericht zu erstatten. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß Dr. Wirth kaum vor Freitag im Plenum des Reichstages seine politische Rede halten werde, da es, wie wir erfahren, sicher ist, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hermes in den nächsten Tagen voraussichtlich am Mittwoch auf kurze Zeit nach Berlin berufen werden wird. Die Konferenz von Genua und die Pariser Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit der Reparationskommission stehen in so engem Zusammenhang miteinander, daß auch der Reichskanzler die Absicht hat, sie miteinander in seiner Reichstagsrede zu verbinden.

Die Verhandlungen in Paris.

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht.) Das „Berliner Tageblatt" teilt mit, daß in der heutigen Kabinettssitzung außer über die Genueser Besprechungen auch über die Besprechungen, die gegenwärtig zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Mitgliedern der Reparationskommission in Paris schweben, verhandelt worden sei. Auch die am Mittwoch beginnenden Anleiheverhandlungen seien erörtert worden. Wie das Blatt weiter hört, wird Reichsfinanzminister Dr. Hermes am Mittwoch nach Berlin kommen, um dem Reichskabinett über den bisherigen Verlauf seiner Besprechungen Bericht zu erstatten. Voraussichtlich wird Dr. Hermes für ein bis zwei Tage in Berlin bleiben und sich dann wieder nach Paris begeben.

*

London, 22. Mai. Nach den „Times" soll Morgan sich vor seiner Abreise nach Paris noch ein oder zwei Tage hier aufhalten. — Laut „Daily Chronicle" erklärte Morgan bei seiner Ankunft in England, er sei nach Europa gekommen, um die Frage einer Aufnahme einer Reparationsanleihe für Deutschland zu erörtern.

Paris, 22. Mai. Die hier erscheinende „Chicago Tribune" meldet, in Amerika rechne man mit einem Anleiheergebnis von einer Milliarde Dollar, wenn eine genügend hohe Verzinsung (wahrscheinlich 9 Proz.) zugebilligt würde und wenn die Alliierten sich verpflichteten, während der Laufzeit der Anleihe kein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen.

b. **Paris**, 22. Mai. (Eig. Drahtber.) Ueber die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit der Reparationskommisson läßt sich vorläufig nur mit einiger Sicherheit sagen, daß die Entscheidung des 31. Mai von jener abhängt, welche die Konferenz der internationalen Bankier über die internationale Anleihe treffen wird. Das ist wenigstens die Meinung der französischen Zeitungen, von denen die meisten der Ansicht zu sein scheinen, die Anleihe werde zustande kommen, da es in Deutschlands Interesse liegt, die Sicherungen, die für die Anleihe verlangt werden, zu geben. Diese Sicherungen stimmen zum Teil mit den von der Reparationskommission verlangten Garantien überein, so daß also mit dem grundsätzlichen Abschluß der Anleihe auch die Frist des 31. Mai grundsätzlich erledigt sein würde. Ob die französische Regierung diese Auffassung teilt, ist zunächst nicht einwandfrei festzustellen. Die Ansichten sind geteilt, bis auf die ziemlich allgemeine Anschauung, daß von einer Bereitwilligkeit Deutschlands nicht mehr die Rede sein könne, und doch wolle Poincaré sich von den Nationalisten nicht zu Taten drängen lassen, die er selbst nicht mehr für politisch oder moralisch begründet hält.

Deutschland droht Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt.

t. **London**, 22. Mai. Der politische Mitarbeiter der „Sunday Times" schreibt: Man fühlt in Deutschland allmählich die Wirkung des entwerteten Geldes. Eine Zeit lang war Deutschland durch die Geldentwertung in die Möglichkeit versetzt, die englischen Fabrikate zu unterbieten. Aber dieser Vorteil geht jetzt zu Ende. Bisher habe Deutschland mit seinen Vorräten und Rohstoffen arbeiten können. Aber jetzt müsse es alle diese Stoffe zu höheren Preisen erwerben. Infolgedessen sei es als Konkurrenz nicht mehr so furchtbar als vorher. So z. B. seien bei einer Subskription für Lokomotiven für Rumänien die von Deutschland angebotenen Preise wesentlich höher als die englischen gewesen.

Um das deutsche Eigentum in Italien.

b. **Berlin**, 22. Mai. (Eig. Drahtber.) Ueber die deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen, die in den letzten Tagen in Genua geführt wurden, berichtet das „Berliner Tagebl." über eine Krise, die plötzlich eingetreten ist, folgendes: Obgleich es sehr schwierig war, den Wert des deutschen Besitzes, der von den Italienern bezahlt werden sollte, abzuschätzen, wurde schließlich eine Verständigung über die Summe erzielt. Man einigte sich auf acht Millionen Lire und setzte auch die Abzahlungsbedingungen fest. Die Italiener forderten das Recht, besondere Objekte aus dem deutschen Besitz zu nationalisieren. Von deutscher Seite wurde zur Rückgabe von künstlerischen wertvollen Gebäuden und von mobilem Eigentum gedrängt. Kurz vor dem Konferenzschluß schienen alle Schwierigkeiten überwunden und nur noch die Unterschriften nötig zu sein. Ganz zuletzt und ganz unerwartet traten jedoch die Italiener mit neuen Ansprüchen hervor. Sie bemängelten nun die Freigabe des ganzen beweglichen Besitzes, die sie vorher zugebilligt hatten und bemühten sich, auf jeden Fall einen Zusammenhang zwischen diesen Abmachungen und den deutschen Sachlieferungen herzustellen. Der Vertrag über das Eigentum könne nicht unterzeichnet werden, bevor nicht der Vertrag über die Sachlieferungen fertig sei. Darauf konnten die Deutschen nicht eingehen, und auch in einer letzten Besprechung kam man zu keinem Ergebnis. Die Wahrheit ist wohl, daß das Kabinett Facta-Schanzer sich nicht mehr ganz sicher fühlt. Es ließ sich deutlich erkennen, daß die Eigentumsverhandlungen an dem Tage zusammenklappten, wo auf der Konferenzseite auch das italienische Kabinett durch die amerikanische Ablehnung in eine peinliche Lage geriet. Die Opposition im Parlamente machte sich breit. Jeder Vertrag, den man in der Stunde vor dem Kampfe noch abschloß, konnte ein Ballast sein.

Die polnische „Liquidation".

w. **Posen**, 22. Mai. Drahtber.). Die polnische Telegraphenagentur meldet, die Liquidationskommission in Posen, die auf Grund des Versailler Vertrages ihre Tätigkeit ausübt, habe den dortigen Eigentümer mitgeteilt, daß bis zum 10. Juli d. J. auf dem Liquidationswege ihre Güter verkauft wurden.

*

Der Kandidat für den russischen Gesandtenposten in Berlin.

Berlin, 21. Mai. Die in Berlin erscheinende sozialrevolutionäre Zeitung „Molos Rossya" weiß aus Riga zu berichten, daß der bisherige Vorsitzende der russischen Handelsdelegation in London, Krassin, vom allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee zum sowjetrussischen Gesandten in Berlin ernannt worden sei. Der bisherige russische Gesandte in Berlin, Krestikt, kehre nach Moskau zurück, um das Volkskommissariat für Finanzen zu übernehmen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Die Gefahr des 1. Juni.

Der französisch-belgische Aufmarschplan.

Man schreibt aus dem besetzten Gebiet: Der französisch-belgische Aufmarsch ist Tatsache, mögen die Telegrammfabriken der Entente funken, was sie wollen! Während die Diplomaten in Genua um Formeln und Klauseln stritten, haben die Militaristen im Westen Europas gehandelt, in aller Stille. Der französische Generalstab ließ, als die Bevölkerung des Rheinlands unruhig wurde, Nachrichten verbreiten, daß es sich bei den starken Verschiebungen der Besatzung nur um die Ablösung der Amerikaner und um Uebungen der französischen und belgischen Regimenter handle. In Wahrheit waren der französische und belgische Kriegsminister mit ihren Generalstabschefs in Koblenz zusammengekommen und hatten die Pläne des großen Feldzugs gegen ein wehrloses Volk besprochen. Die Frucht der strategischen Künste ist jetzt ausgereift. Der französisch-belgische Aufmarsch ist vorbereitet. Die ganze am Rhein stehende Truppenmacht der Franzosen und Belgier dürfte heute ungefähr noch einmal so stark sein als vor vier Wochen. Verfolgt man das Anrücken des „Feindes" auf der Karte, so zeichnen sich drei Aufmarschgruppen ab: Im Norden an der Ruhr ein sehr großer Heerwurm, die Belgier. Im Süden am Main ebenfalls ein gewaltiges Aufgebot, die Franzosen. Dazwischen bei Koblenz eine französische Verbindungsgruppe. Der ganze Brückenkopf Koblenz ist von französischen Soldaten ausgefüllt. Eine französische Infanteriedivision kam aus Straßburg, eine Kavalleriedivision aus Lunéville und Metz. In die Gegend von Trier drang eine weitere Infanteriedivision vor, bei der sich auch farbige Franzosen befinden. Die zum 20. Korps in Nancy gehörende 11. Division soll in die Eifel vorgeschoben werden. Ueberall werden neue Quartiere verlangt. Dasselbe Bild bei Mainz und Wiesbaden. Die hier die Wacht am Rhein haltenden Teile des französischen 30. Korps haben aus ihren heimatlichen Garnisonen ganz ungeheure Verstärkungen erhalten, meist neue eingezogene Mannschaften des Jahrgangs 1918. Angeblich kommen sie als Ablösung für den zur Entlassung reifen Jahrgang 1920. Aber das Pariser Kriegsministerium hat ja die Entlassung, die bereits Ende März hätte erfolgen müssen, auf unbestimmte Zeit verschoben. Es droht eben wieder „Krieg". Hört man die französischen Offiziere, so ist der Einmarsch in das „widerspenstige" Deutschland zum 1. Juni beschlossene Sache. Am ersten Tage sollen Darmstadt und Frankfurt erobert werden. Für Gleichklang im belgischen Vormarsch ist gesorgt. Der Aufmarsch der Belgier wird durch die Linie Cleve—Geldern—Krefeld—M.-Gladbach bezeichnet. Das sind keine Phantasien und keine Geheimnisse, sondern das ist die hier im Rheinland allgemein bekannte Gefahr des 1. Juni. Die Gefahr ist durch den derzeitigen Stand der Verhandlungen zwischen Dr. Hermes und der Reparationskommission in Paris noch keineswegs gebannt.

Amerikas Bedingungen für seine Hilfe.

Neuyork, 22. Mai. (Drahtber.) Der „Associated Preß" wird aus Washington gemeldet, daß nach der Ansicht von Persönlichkeiten, die der Regierung nahe stehen, Amerika bereit sein würde, zusammen mit anderen Nationen Pläne zur Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Gleichgewichts auszuarbeiten, wenn die in das Ausland gesandten Vertreter Amerika davon überzeugen würden, daß von jeder Besprechung, an der sie teilnehmen, politische Fragen ausgeschlossen sind. Die Festsetzung der Kriegsschulden der Nationen und die Bemessung der deutschen Reparationszahlungen auf einer Grundlage, die das Vertrauen einflößen, daß Zinsen und Kapital bezahlt werden, wenn sie fällig sind, sei nach der Ansicht der wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung der Schlüssel der Lage und sie behaupteten auch, daß die Einführung der Goldwährung unbedingt notwendig sei.

Amerikanische Beurteilung der voraussichtlichen Lage am 31. Mai.

Paris, 22. Mai. Der hier erscheinende „Neuyork Herald" schreibt zu dem Briefwechsel zwischen Klotz und Poincaré, in dem Poincaré Handlungsfreiheit für Frankreich am 31. Mai feststellte, die Lage sei nicht so düster, wie sie beim ersten Blick erscheine. Die französische Regierung sei gewillt, mit den Alliierten über die Angelegenheit zu beraten, falls am 31. Mai eine Vertragsverletzung Deutschlands notifiziert werde. Die französische Regierung werde nicht auf einer übereilten Regelung bestehen, solange die Bankierkonferenz über den internationalen Anleihevorschlag berate. Das bedeutet, daß vor Ende Juni keine tatsächliche Krise wahrscheinlich sei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Urteile über Genua.

Paris, 22. Mai. (Drahtber.) Der gestern aus Genua zurückgekehrte franz. Unterstaatssekretär Colrat erklärte einem Redakteur des „Journal", es bestehe kein Grund zu der Annahme daß die Konferenz in Genua unnütz gewesen sei. Man dürfe sie nicht als das Scheitern eines Werks ansehen, sondern als die Offenbarung eines Irrtums in der Methode. In der Politik wie bei Geschäftsangelegenheiten müsse man alles in der Nähe betrachten, das sei in Genua geschehen, man werde sich ohne Zweifel anderswo wiedersehen, und nachdem man die Uebel beseitigt habe, werde man mit anderen Methoden bessere Arbeit leisten.

Zürich, 22. Mai. Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt in einem Aufsatz über das Resultat von Genua: Die deutsche Delegation hat wenig Grund, mit dem Ergebnis von Genua zufrieden zu sein. Sie hat zwar einen Vertrag mit Rußland in der Tasche, aber für dieses Dokument von problematischem Wert hat Deutschland eine große Chance aus der Hand gegeben. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Möglichkeit einer internationalen Anleihe in aussichtsreiche Nähe gerückt war, als die Bombe von Rapallo platzte. Zum Glück für Deutschland hat die Konferenz gerade lange genug gedauert, um den Zwischenfall doch wieder vergessen zu lassen. Als übelste Folge blieb bestehen der formelle Verlust der Gleichberechtigung Deutschlands an den Unterhandlungen mit den Russen, die auch für andere politische Fragen wichtig werden können.

Die Abrüstung.

Berlin, 22. Mai. Das bei der Reichstreuhandgesellschaft zur Zerstörung gesammelte Kriegsgerät betrug am 1. März 1922 in runden Ziffern: 5,9 Millionen Gewehre und Karabiner, 105 000 Maschinengewehre, 29 000 Minen- und Granatenwerfer, 55 000 Geschütze und Geschützvorrat, 28 000 Lafetten, 39 Millionen scharfe Artillerie-Geschosse und Minen, 16 Millionen scharfe Hand- und Wurfgranaten, 60 Millionen scharfe Zünder und 470 Millionen Handwaffenmunition, 14 000 Flugzeuge, 22 000 Flugzeugmotore. Die Zerstörung dieser Mengen ist fast ganz durchgeführt und wird im Laufe dieses Sommers beendet. Hiernach läßt sich der Stand der Entwaffnung Deutschlands am 1. März 1922 beurteilen.

Deutscher Reichstag

Brot- und Zuckernot.

t. **Berlin**, 22. Mai. Beginn 11.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Interpellationen v. Lersner (DV.) und Hergt (DN.) betr. Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkrieg. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß die Interpellationen in der nächsten Zeit beantwortet werden sollen.

Der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1921, wonach von dem Gewinn vorweg ein Betrag von 500 Mill. an das Reich abgeführt werden soll, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die 2. Lesung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird fortgesetzt.

Minister Fehr

bespricht die Frage der Brotversorgung. Eine gesetzliche Vorlage über diese Frage wird vorbereitet. Es handelt sich darum, einen Teil des Brotgetreides in feste Hände zu bekommen. Der Preis wird in Verhandlungen mit der Landwirtschaft zweckmäßig festgesetzt werden müssen. Der volle Marktpreis wird dieser Preis nicht sein können. Der Gedanke der Erhebung einer Steuer zwecks Durchführung eines solchen Brotverbilligungsplanes hat gewisse Bedenken. Man könnte die minderbemittelte Bevölkerung sich melden lassen, anstatt sie zu suchen. Ein Referentenentwurf ist mit Vertretern der Länder bereits durchberaten. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft verbürgt sich für Sicherstellung einer bestimmten Brotgetreidemenge. Ich schätze diese Bürgschaft sehr hoch. Aber nach Lage der Verhältnisse wäre es doch fraglich, ob die Organisation der Landwirtschaft dieses Versprechen ohne gesetzliche Mithilfe wirklich in die Tat umsetzen kann. Zeit der Zusage meines Amtsvorgängers, die Getreideumlage des laufenden Jahres die letzte Zwangsmaßnahme gegen die Landwirtschaft sein zu lassen, haben sich die Verhältnisse leider geändert. Die Reichsgetreidestelle hat nicht 800, sondern nur 650 Mk. Unkosten bei der Tonne Getreide. Die Versorgung der Saarbevölkerung mit Getreide sollte sicher gestellt werden. An einen Zollschutz habe ich nicht gedacht. Stadt und Land sind in verschiedener Hinsicht aufeinander angewiesen. Sie müssen in Zeiten der Not fest zusammen halten. Nur unter solchen Voraussetzungen kann die Regierung die Selbstständigkeit und Freiheit der Landwirtschaft aufrecht erhalten.

Abg. Hammer (DN.) geht noch einmal auf die Zuckerfrage ein. Die Zuckernot ist außerordentlich groß. Nicht einmal für die Säuglinge ist der notwendige Zucker vorhanden. Dabei ist im letzten Jahre 25 Prozent mehr Zucker, im ganzen 22 Millionen Zentner Verbrauchszucker erzeugt worden. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt aber nicht einmal ½ Pfund in der Woche zur Verteilung. Dabei ist Zucker an gewissen Stellen reichlich vorhanden. Es sind noch 4 Millionen Zentner Zucker, deren Verteilung dringend nötig ist, aber nicht an die Schokoladen- und Liquerfabriken, die den Zukker zu riesigen Preisen haben aufkaufen lassen, vorhanden. Die Zuckerwirtschaftsstelle hebt hervor, daß jeder Tag der Stillegung des Lennawerkes auf die Zuckerrübenerzeugung von erheblichem Einfluß sei. Bisher betrug der Zukkerrübenpreis 20 Mark je Zentner und die Zuckerwirtschaftsstelle erklärt jetzt den Preis von 25 Mk. für angemessen. Unzutreffend sei der Vorwurf, daß der Kleinhandel den Zucker verteuere. Der Zuckerwucher liegt beim Großhandel. Der Redner wendet sich gegen die Absicht der Konservenfabriken, 1½ Millionen Kilogramm Gemüsekonserven nach dem Auslande zu verkaufen.

Der braunschweigische Gesandte Boden stellt fest, daß 600 000 Kilogramm Gemüsekonserven ausgeführt werden sollen. Die Ausfuhr sei nötig, damit die Konservenindustrie intensiver arbeiten kann.

Abg. **Schiele** (D.N.) bekämpft die Brotgetreideumlage, weil sie das Brot durch die hohen Unkosten der Getreidebewirtschaftung verteuere.

Abg. **Krätzig** (Soz.) fordert nach der Einführung der Weltmarktpreise auch die Einführung der Weltmarktlöhne.

Abg. Dr. **Hertz** (U.S.) verlangt kräftige Maßnahmen gegen den Widerstand der Landwirtschaft.

Abg. **Schiele** (D.N.) weist darauf hin, daß ein markenfreies Vierpfundbrot in Friedenau nur 18 ℳ kostet. (Abg. Dr. Hertz (U.S.): Schwindel! — Ordnungsruf.)

Staatssekretär **Heinrici** weist den Vorwurf des Abg. Schiele zurück, daß die Getreidebewirtschaftung das Brot wesentlich verteuere. Von den Preisen von 800 ℳ für die Tonne Getreide entfallen 650 ℳ auf die Gestehungskosten.

Abg. **Hemeter** (D.N.) beschwert sich über die Beschäftigung von Nichtfachleuten im Landwirtschaftsministerium.

Minister **Fehr** erwidert darauf, daß von dem Gesamtbeamtenkörper des Ministeriums von 50 Personen 20 fachtechnisch ausgebildet sind.

Abg. **Schmidt-Köpenick** (Soz.) bekämpft die Zuschüsse an die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Abg. **Lindt** (D.N.): Die Umlage bedeutet für die Landwirtschaft ein Opfer von jährlich 12,5 Milliarden Mark.

Abg. **Vogel** (Soz.) vermißt praktische Vorschläge des Abg. Lindt für die Sicherstellung der Ernährung zu angemessenen Preisen.

Damit ist der Haushalt des Ernährungsministeriums erledigt. Die Abstimmungen werden vorläufig ausgesetzt.

Es folgt die Beratung des

Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium.

Auch an diesem Etat hat der Ausschuß Abstriche vorgenommen. Außerdem fordert eine neue Entschließung einen besonderen Ministerialrat für Handwerkerangelegenheiten, weiterer Abbau des Reichswirtschaftsgerichts und Verbesserung der Kohlenproduktion.

Mit der Etatberatung verbunden wurden die Interpellationen Dr. Petersen (Dem.) über den Verkehr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet, der durch die örtlichen Stellen des Reichskommissars für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr behindert werde und Hergt (D.N.) auf Weiterausbau der Befugnisse der Handwerkerkammern in Lehrlingsfragen. Diese letzte Interpellation ist von der Bayerischen Volkspartei, den Demokraten und den Welfen mitunterzeichnet.

Abg. **Dr. Riesser** (D.Vp.) erstattete den Ausschußbericht.

Reichswirtschaftsminister Schmidt gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit seiner Verwaltung; die Preisbildung gehe in steiler Kurve auch weiter aufwärts. Durch gesetzgeberische Maßnahmen kann die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung nicht erheblich beeinflußt werden. Wir haben immer noch Mangel an Rohstoffen, an Nahrungsmitteln und an Fertigfabrikaten. Dazu kommt noch der verteuernde Einfluß der Wirtschaftskartelle. Die Anpassung der Preise an den Weltmarkt ist vorerst nicht möglich, da sie nur dazu führen würde, die Konkurrenzfähigkeit unseres Handels und der Industrie zu erlahmen. Die Ausfuhrkontrolle könne nicht entbehrt werden. Die Ausfuhr selbst sei möglichst zu steigern, die Luxuszufuhr zu unterbinden. In Genua sei ein einheitliches Zollschema zustande gekommen, das uns gewisse Zollerleichterungen ermöglichen wird. Hoffentlich werden bald mit zahlreichen Staaten Handelsabkommen geschlossen werden. Unsere Handelsbilanz werde in absehbarer Zeit passiv bleiben. Die wilden Spekulationen werden eingedämmt. Die an Polen abgetretene Industrie wird für uns wohl leider verloren sein. Sie werde sich ostwärts orientieren.

Zur Erhöhung unserer Kohlenproduktion müssen neue Bergwerke erschlossen werden; die vorhandenen technisch vervollkommnet werden. Als Ausgleich für die gefahrvolle Arbeit im Bergbau seien höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erforderlich. Der Bergbau müsse zur Höchstleistung gebracht werden. Auf dem Eisenmarkt werden Riesengewinne gemacht, da die Preise schon bis ins Hundertfache des Friedenspreises gehen. Die Papierfabrikanten, einschließlich der Arbeitnehmer, behaupten eine Differenzierung des Papierpreises zugunsten des Zeitungspapiers vorzunehmen.

Es ist ganz undenkbar, daß von der Regierung nochmals Allgemeinmittel zur Senkung der Papierpreise bereit gestellt werden. Ich hoffe aber, daß seitens der Fabrikanten doch in irgend einer Form etwas geschehen kann. Im Interesse unserer Presse, besonders der Kleinpresse, halte ich es für unbedingt nötig, zu einer Preissenkung zu kommen.

Abg. Dr. **Hammer** D.Ntl.) hebt hervor, daß auch die Siegerstaaten eine schwere Krisis durchzumachen haben. Der Redner schilderte besonders die schwierige Lage des Handwerks. Ausbesserungen öffentlicher Gebäude sollten möglichst in Zeiten flauer Konjunktur vorgenommen werden. An den großen Messeausstellungen müßte auch das Handwerk beteiligt sein. Der Redner fordert Streichung der Ausgaben für die Sozialisierungskommission, die ein überflüssiges Stück Möbel sei. Die Wucherer sollten mit Namen und Wohnungsangabe öffentlich an den Pranger gestellt werden.

Abg. **Hoch** (Soz.) hält die heutige Wirtschaft für viel überflüssiger als die unter der Zwangswirtschaft. Die großkapitalistische Organisation mache die Aufstellung eines Planes völlig unmöglich. Die Rechte sei schuld, wenn die Volksgesundheit gelitten habe. (Unruhe rechts.) Als die Spitze der Rechtsparteien nach Holland ausgekrissen sei, sei die Sozialdemokratie in die Bresche gesprungen. (Schallende Heiterkeit rechts.)

Abg. **Kniest** (Dem.) hält einen tüchtigen gewerblichen Nachwuchs für besonders wichtig, damit die kommende Wirtschaft dem Aufschwung gewachsen sei. Eine tarifliche Regelung des Lehrlingswesens sei unmöglich. Im Interesse des Wirtschaftslebens sei eine Senkung des Zeitungsdruckpapieres notwendig.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Schluß gegen 7 Uhr.

Fortsetzung der Beratung: Dienstag 11 Uhr.

Deutsches Reich

Zur Metallarbeiteraussperrung.

t. **Frankfurt**, 22. Mai. (Drahtbericht.) Wie die „Frankfurter Nachrichten" melden, wurde in der heutigen Verhandlung zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau und benachbarte Gebiete e. V. von den Arbeitgebern folgender Vorschlag unterbreitet:

Wir sind bereit, in sämtlichen Betrieben unserer Verbandsmitglieder die Kündigungen sofort zurückzunehmen, falls bis heute mittag 1 Uhr von den Gewerkschaften

1. eine Anerkennung der Ergebnisse der Münchener Verhandlungen für den bayerischen Verband erfolgt, und zwar in der sich aus Nachstehendem ergebenden Form:

Sämtliche von der Aussperrung betroffenen Betriebe bleiben geöffnet und zwar vorläufig mit der bisherigen Arbeitszeit. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Mitteilung an den Arbeiterrat die Wochenarbeitszeit bis auf 48 Stunden zu verlängern, sowie für die 48. Stunde ein Zuschlag in der Höhe zu bezahlen, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist. Die hierdurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit ist auf Verlangen der Betriebsleitung in der Arbeitsordnung als die reine wöchentliche Arbeitszeit (ohne Einrechnung der Pausen) aufzunehmen.

2. Höhere Löhne wie die in den Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse festgelegten Sätze vor Ablauf der darin bestimmten Kündigungsfristen nicht gefordert werden.

3. Das Kollektivabkommen in der in Heidelberg festgelegten Fassung angenommen wird mit Ausnahme der Arbeitszeit, die unter Punkt 1 dieser Erklärung besonders geregelt wird.

Im Falle einer Einigung auf dieser Grundlage werden die in den Schiedssprüchen festgelegten Lohnsätze zu den in den Schiedssprüchen festgelegten Terminen, sobald dies technisch möglich ist, zur Auszahlung gebracht. Nach langen Verhandlungen wurde dieser Vorschlag von den Gewerkschaften abgelehnt.

Da die Fristen für die ausgesprochenen Kündigungen heute ablaufen, wird morgen die Aussperrung im Frankfurter Bezirk beginnen.

*

t. **Mannheim**, 22. Mai. Es besteht Grund zu der Annahme, daß in Baden der Metallarbeiterstreik beigelegt werden kann. Am Dienstag den 23. Mai findet eine Besprechung im badischen Arbeitsministerium zu Karlsruhe statt.

Das preußische Richtertum.

Berlin, 22. Mai. Bei der Beratung des Haushalts der Justizverwaltung im Landtag erwiderte der Justizminister bei der Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage, die sich gegen die Praxis in politischen Prozessen richtete, die Justizverwaltung schreite nachdrücklichst in den Fällen ein, in denen Mißgriffe festgestellt würden. Die Beschwerden richteten sich aber nur gegen eine verschwindend kleine Zahl von Richtern und bezögen sich durchweg auf politisch gefärbte Sachen. Immerhin gebe es eine Anzahl gerichtlicher Entscheidungen, die der Minister nicht vertreten könne. Wenn die Richter gelegentlich erkennen ließen, daß sie sich mit der Neuordnung der Verhältnisse noch nicht haben abfinden können, so müsse man verstehen, daß die innerliche Umstellung nicht von heute auf morgen vor sich gehe, und man müsse eine Uebergangsfrist bewilligen. Eine Verallgemeinerung der Vorwürfe gegen die Richter sei ungerecht und schädige auch das Staatsinteresse.

Theater und Musik

„Lohengrin." In der Vorstellung am Sonntag sang Agnes Poschner-Zilken, die Gattin unseres Heldentenors, aushilfsweise die Elsa. Frau Zilken, die sich hier bereits im Konzertsaal vorteilhaft eingeführt hat, konnte auch auf der Bühne einen großen Erfolg errungen. Ihre Elsa war eine von starker künstlerischer Intelligenz getragene, gesanglich und schauspielerisch fesselnde Leistung. Agnes Poschner-Zilken hat einen klangvollen, ausdrucksreichen Sopran von ausgezeichneter Kultur, dem ein duftiges Piano ebenso zur Verfügung steht wie ein strahlendes Forte. Der Vortrag war eindringlich, das Spiel reich an packenden Momenten. Die fühlbare Freude, seine Frau als Partnerin auf der Bühne zu sehen, beschwingte Willy Zilken zu einer Leidenschaft und Größe der Darstellung und des Gesangs, die hinreißend war; es war der beste Lohengrin, den Zilken bisher hier auf der Bühne gestellt hat. Neu war Walter Warth als König Heinrich. Warth hat einen außerordentlich kräftigen Baß, der die sehr schwierige Partie überraschend gut bewältigte. Manches bedarf zwar noch der Ausfeilung; auch war der Vortrag hin und wieder schleppend. Warth hat anscheinend die Partie noch nicht oft gesungen; darauf wies auch das allzu matte, teilnahmslose Spiel. Hervorragend war wieder Max Büttner als Telramund. Paula Weber gestaltete die Ortrud mit faszinierender Dämonie. Mit edler Stimme sang Rudolph Weyrauch den Heerrufer.

Wilhelm Schweppe, der erfreulicherweise mehr und mehr zu größten Aufgaben herangezogen wird, dirigierte das Werk mit feinem Verständnis und bewundernswerter Ueberlegenheit, die sich vornehmlich in den prachtvoll aufgebauten Ensembles zu erkennen gab. Hans Bussards sorgsamer Leitung des Szenischen gebührt ebenfalls Anerkennung.

Das sehr gut besuchte Haus zeichnete die Träger der Hauptrollen durch begeisterten Beifall aus. **H. Wck.**

Mannheimer Uraufführung. Im Rahmen der „Deutschen Opernwoche", die mit Beethovens „Fidelio" begann, wurde Hermann Zilchers „Dr. Eisenbart" zu tönendem Leben erweckt. Schon im März 1908 erlebte das Schauspiel „Dr. Eisenbart" von Otto Falkenberg seine Uraufführung ebenfalls auf unserer Bühne. Nun hat H. W. von Waltershausen den Falkenbergschen „Eisenbart" zu einer Operndichtung bearbeitet, der man eine gewisse Bühnenwirksamkeit nicht absprechen kann. Auf abenteuerlichen Wanderfahrten kommt Eisenbart in eine kleine Residenz und soll der Reichsgräfin Florinde zu einem Thronerben für das Land verhelfen. Ein Wunderring mit zersprungenem Stein hat ihn von der Untreue seiner geliebten Frau überzeugt, und um so leichter entschließt er sich, den Wunsch des Volkes und der Reichsgräfin, die einst seine Jugendflamme war, zu erfüllen. Als sich aber die Schuldlosigkeit seiner Frau herausgestellt, beauftragt er seinen Famulus, den „Grafen Dürrhahn" mit der Erfüllung seiner Mission. Der Reichsgraf ist jedoch voller Mißtrauen gegen den Wunderdoktor erfüllt, läßt ihn verhaften und droht mit dem Galgen, falls seine Worte leere Phrasen seien. Der letzte Akt zeigt die Vorbereitungen zur Hinrichtung, Eisenbarts Hanswurst, sein treuer Diener, vollzieht als Henker verkleidet eine Scheinexekution. Da ertönen Böllerschüsse, und ein Bote verkündet die glückliche Geburt eines Erbprinzen auf dem Schlosse. Eisenbart ist gerettet und beginnt mit seiner in Treue bewährten Frau eine neue Wanderung durchs Leben.

Die Musik verrät den tüchtigen Könner, ohne jedoch stärkere Erfindungskraft und eine persönliche Note aufzuweisen. Am höchsten steht der erste Akt, der ohne größeres Vorspiel einsetzt, mit seiner melodischen H-Dur-Romanze, die mit dem Schlußzwiegesang zu den musikalischen Höhepunkten der Oper gehört. Im übrigen verlangt der Komponist im Vorwort seines (bei Breitkopf & Härtel erschienenen) Klavierauszugs von den Darstellern in erster Linie die Kunst des Sprechgesangs (parlando), und ein größeres Maß schauspielerischer Gewandtheit. Die bekannte Volksweise „Ich bin der Doktor Eisenbart" durchzieht motivisch die Partitur und gibt der Musik einen gewissen volkstümlichen Einschlag, die freilich im dritten Akt, wo sich bei der Nachricht von der Geburt des Erbgrafen die Klänge „Heil unserm Fürsten Heil" in grotesker Weise hinzufügen, der Gefahr der Trivialität nicht entgeht. Kapellmeister Lederer hatte das Werk sorgfältig einstudiert und wußte dessen Vorzüge ins rechte Licht zu stellen.

M. Mack-Fries.

Kunst und Wissenschaft

„Deutsche Kunst Darmstadt 1922." Aus Darmstadt wird berichtet: Am Samstag ist die von der hessischen Arbeitsgemeinschaft für bildende Kunst auf der Mathildenhöhe veranstaltete Ausstellung der „Deutschen Kunst Darmstadt 1922" eröffnet worden. Die Ausstellung, die durch Zuschüsse von Stadt, Staat und Reich unterstützt wurde, ist von mehr als 200 Künstlern aller Richtungen aus Hessen und dem Reiche beschickt und umfaßt Werke der Malerei, Graphik und Bildhauerkunst, im ganzen 260 Nummern. Die Ausstellung bleibt bis zum 1. Oktober geöffnet.

Generalversammlung der Kant-Gesellschaft in Halle und Eröffnung der Akademie in Erlangen. In der Pfingstwoche wird die diesjährige Generalversammlung der Kant-Gesellschaft in den Räumen der Universität in Halle stattfinden. Auf der Tagung werden Vorträge gehalten werden von Prof. Dr. Ernst Troeltsch-Berlin über den „Begriff der geschichtlichen Entwicklung", Professor Dr. Theodor Ziehen-Halle über das Thema: „Zum Begriff und zur Methodik der Geschichtsphilosophie", Professor Dr. Emil Utitz-Rostock über „Das Problem einer allgemeinen Kunstwissenschaft" und von Graf Hermann Keyserling-Darmstadt über das Thema: „Der Weg des wahren Fortschritts". Interessenten können über die ganzen Veranstaltungen unentgeltlich nähere Auskunft erhalten durch den stellv. Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft Prof. Dr. Arthur Liebert, Berlin W. 15, Fasanenstr. 48. Einen Tag vorher findet an derselben Stelle eine Zusammenkunft der Freunde und Anhänger der Philosophie des Als-Ob Vaihingers statt. Im Anschluß an die genannten Tagungen werden dann die feierliche Eröffnung der Akademie für Philosophie in Erlangen und die Begründung der neuen Ortsgruppe Erlangen—Nürnberg—Fürth der Kant-Gesellschaft erfolgen. Neben anderen wird Prof. Dr. Arthur Liebert-Berlin über: „Die geistige Krisis der Gegenwart" sprechen. Nähere Auskunft erteilt Dr. Rolf Hoffmann, Erlangen.

Professor W. Gurlitt, der bekannte Vertreter der Musikwissenschaft an der Universität Freiburg i. B., hielt, wie man uns schreibt, in Basel und Zürich, berufen von der Neuen Schweizerischen Musikgesellschaft und der Studentenschaft der beiden Städte, einen vielbeachteten Vortrag über den „Geist der Gotik in der Musik".

Berufung eines deutschen Gelehrten an eine japanische Universität. Professor Leonor Michaelis-Berlin ist von der japanischen Universität Nagoya als ordentlicher Professor für Physiologische Chemie für die Dauer eines Jahres berufen worden, gleichzeitig mit dem Auftrag, in anderen japanischen Universitäten Vorträge zu halten. Michaelis hat, wie die Deutsche Medizinische Wochenschrift mitteilt, die Berufung angenommen und wird sich für das Jahr 1923 aus seiner Berliner Stellung beurlauben lassen.

Michelangelo auf der Briefmarke. Eine der neuen italienischen Marken wird ein Werk Michelangelos als Bild erhalten, die lybische Sybille von der Sixtinischen Decke.

Die Gefängnisse von Venedig als Konzertsaal. Die Gefängnisse von Venedig, zweifellos die schönsten und auch die komfortabelsten der Welt, haben nach 300jährigem Bestehen jetzt ihre Bestimmung gewechselt. Man hat die Gefangenen nach und nach herausgebracht und eine künstlerische Bestimmung des Baues vorgeschlagen, ein großer Saal für volkstümliche musikalische Aufführungen soll hier geschaffen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Badischer Gemeindebeamtentag

rr. **Mannheim**, 21. Mai. Der erste badische Gemeindebeamtentag, der am heutigen Sonntag abgehalten wurde, begann am Freitag für die bereits eingetroffenen Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit einem im großen Saale des Gesellschaftshauses der Mannheimer Liedertafel veranstalteten Bunten Abend. Der Samstag war für die Tagungen des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Badens und des Landesverbandes städtischer Beamten reserviert.

Der badische Gemeindebeamtentag wurde Sonntag vormittag 11 Uhr im Nibelungensaal durch Verbandsdirektor Weiler mit der Mitteilung eröffnet, daß das Direktorium beschlossen habe, Straßenbahndirektor Löwit-Mannheim den Vorsitz und Ratschreiber Bek-ker-Kehl das Schriftführeramt zu übertragen. Herr Löwit übernahm das Präsidium und erteilte Verbandsdirektor Weiler das Wort zur Begrüßung. Der Redner erinnerte einleitend daran, daß am 24. Mai 1914 durch die badischen Beamtenverbände der erste badische Gemeindebeamtentag in der Karlsruher Festhalle abgehalten wurde. 2200 Bürgermeister und Gemeindebeamte aus allen Gauen Badens folgten damals dem Rufe. Seitdem sei manches erreicht worden. Aber man sei noch lange nicht am Ziel. In der neuen Gemeindeordnung sei zwar ein besonderer Abschnitt über das Gemeindebeamtenrecht enthalten, aber darüber hinaus gehe das Streben darnach, für die deutsche Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit ein deutsches Recht zu schaffen. Das Fürsorgegesetz habe bei weitem nicht das gebracht, was die Gemeindebeamten erwarten durften. Aber man sei einsichtig genug, bei allen Forderungen immer an den verlorenen Krieg zu denken. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß der süddeutsche Geist, der sich auf der letzten Tagung des Deutschen Beamtenbundes so bewährt habe, sich in Berlin immer mehr durchsetze. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtbaurat Keil begrüßte im Namen des Städtischen Beamtenvereins Mannheim die Versammlung.

Minister Remmele führte u. a. aus: Die badische Regierung hat mich beauftragt, Ihnen zu Ihrer Tagung die besten Grüße zu übermitteln. Die Regierung ist sich durchaus bewußt, daß in den vergangenen schweren Kriegsjahren sowohl wie in den letzten Uebergangsjahren kaum jemand mehr als die Beamten der Gemeinden schwere Pflichten und schwere Bürde haben tragen müssen. Wir wissen, daß das Fürsorgegesetz die berechtigten Ansprüche nicht erfüllt, umso weniger, als mittlerweile die Geldentwertung die in dieses Gesetz gesetzten Hoffnungen völlig zerschlagen hat. Es war daher durchaus im Sinne der Regierung gehandelt, als vor wenigen Tagen erst der Badische Landtag im Hinblick auf diese Entwicklung von der Regierung forderte, möglichst schnell an die Revision des Fürsorgegesetzes zu gehen. Ich kann mitteilen, daß in 14 Tagen Ihr Berufsverband mit den Gemeindeverbänden die Möglichkeit haben wird, zu einem diesbezüglichen Entwurf Stellung zu nehmen. (Lebhafter Beifall.) Ich gebe ohne weiteres zu, daß noch manherlei berechtigte Beschwerden vorhanden sind, aber denken wir immer daran, daß das Finanzelend der Gemeinden der Durchführung sozialer Aufgaben mancherlei Hemmnisse bereitet. Dieses Finanzelend ist auch das Elend des Staates und des Reiches. Mit dem beiderseitigen Willen zur Verständigung wollen wir weiter arbeiten.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer begrüßte die Versammlung im Namen der Mannheimer Stadtverwaltung. Das Zusammenwirken der berufsmäßigen Diener der Allgemeinheit sei für ihn selbstverständliche Notwendigkeit.

Reichsverbandsvorsitzender Flügel-Berlin brachte die Grüße der Leitung des Deutschen Beamtenbundes. Redner dankte den Freunden, die ihn in der Absicht unterstützten, im Deutschen Beamtenbund der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen.

Verbandsdirektor Ehrmann-Berlin übermittelte die Grüße des Reichsverbandes der Gemeindebeamten Deutschlands und des preußischen Bruderverbandes unter der Devise einig und deutsch und Thoma-München die Grüße des Bayrischen Verbandes. Es folgte der Vortrag des Oberbürgermeisters Dr. Walz-Heidelberg über

„Die neue badische Gemeindeordnung".

Das Gesetzeswerk, so führte der Redner u. a. aus, hat in den Kreisen unseres Volkes eine ganz verschiedene Aufnahme gefunden. Von der einen Seite hört man nur Beifall, andere dagegen heben hervor, daß es dem Gesetze an neuen großen Gedanken fehlt, daß es den Erwartungen nicht entspreche, die man im Hinblick auf die neue Zeit an eine Gemeindevertretung glaubte stellen zu können. Einzelne Stimmen gehen sogar so weit, daß sie sagen, es wäre besser gewesen, das alte Gesetz zu behalten. Es ist zutreffend, daß die heutige Gemeindeordnung keine revolutionären Gedanken zum Ausdruck bringt, sondern sie ist nur als ein Reformwerk anzusehen. Es bleibt aber zu beachten, daß eine der Hauptforderungen der Umsturzzeit, das gleiche unbeschränkte und auch für Frauen geltende Wahlrecht bereits durch ein Sondergesetz vom März 1919 zur Durchführung gelangt ist, so daß für die Gemeindeordnung selbst im Wesentlichen nur noch ein Teil der Arbeit, die Organisation der Verwaltungsstellen und das Verhältnis der Gemeinde zum Staat als Gegenstand der Behandlung übrig blieb. Es liegt deshalb kein Anlaß vor, das neue Werk schlechtweg zu tadeln. Im Gegenteil, wer das Leben der Gemeinde kennt, und wer mit der Handhabung der Gemeindegesetze zu tun hat, kann es nur begrüßen, daß unserem Lande dieses Gesetz gegeben worden ist.

Die neue Gemeindeordnung knüpft wieder an den alten Grundgedanken des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 an, das nur eine Art von Gemeinden kannte, mit einer grundsätzlich einheitlich geordneten Verfassung. Abgesehen von der Erleichterung, die sich bei der praktischen Anwendung eines einheitlichen Gesetzes ergibt, zeigt die neue Gemeindeordnung den nicht zu unterschätzenden Vorteil eines klaren, systematischen Aufbaues, der den heutigen Anforderungen der Gesetzestechnik entspricht, während die nunmehr aufgehobenen alten Gesetze auf überlebten Verhältnissen beruhten und der Findung des Rechts die größten Schwierigkeiten in den Weg stellten. Nicht minder wertvoll sind die Neuerungen des Gesetzes auf sachlichem Gebiet. Die neue Gemeindeordnung hat nicht nur eine Reihe von Lücken im alten Rechte ausgefüllt, sie hat die Stellung der Gemeinde im Verhältnis zum Staate gestärkt, sie hat den Ausbau der Gemeindeorgane sachgemäß den Anforderungen der Gegenwart entsprechend weitergeführt und sie hat vor allem für die Beamten der Gemeinden eine neue Rechtsordnung geschaffen, die sich von dem Rechtszustande der Vergangenheit vorteilhaft abhebt. Bei der Ausgestaltung der Gemeindeverfassung hat der badische Gesetzgeber, was ihm von vielen Seiten immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, die eigenartige Einrichtung des badischen Rechts (Gemeinderat, Bürgerausschuß), die sich sonst in Deutschland nicht findet, mit Recht beibehalten.

Die Stärkung der Gemeinde gegenüber dem Staate zeigt sich vor allem auf dem Gebiet der Gemeindegesetzgebung. Die rechtliche Ausgestaltung des Bürgerausschusses ist den heutigen Verhältnissen besser angepaßt. Die bezüglichen Vorschriften bedeuten einen erheblichen Fortschritt. Die schwierigen Zeiten, in denen wir leben, machen es nötig, daß oft die wichtigsten Entschließungen im Gemeindeleben in kürzester Frist und unter Ausschluß der Oeffentlichkeit getroffen werden müssen. Die neue Einrichtung des gemischten beschließenden Ausschusses ist deshalb zu begrüßen. Mit besonderer Sorgfalt ausgestaltet sind die Vorschriften über das städtische Beamtenrecht und das Dienststrafrecht. Hervorzuheben ist die Einheitlichkeit der Vorschriften, die für alle Gemeinden gilt, die im Gesetz ausgesprochene Garantie der persönlichen Stellung und der Rechte der Beamten. die im neuen Wirtschaftsleben anerkannte Forderung der Arbeitnehmer, bei Festsetzung ihrer Rechte und Pflichten handelnd mitwirken zu können, ist zur Anerkennung gelangt.

Dem Verlangen, das Volk mehr zur unmittelbaren Teilnahme an der Verwaltung heranzuziehen, ist in § 77 des Gesetzes in weitgehendster Weise Rechnung getragen. Es ist hier der einfachen Mehrheit der Wahlberechtigten die Befugnis zuerkannt worden, die Auflösung des Bürgerausschusses zu beschließen. Der Redner schloß mit dem Appell an die Beamten, denen die neue Gemeindeordnung vor allem einen Vorteil bringt, treu zusammenzuhalten mit der Bürgerschaft zu gemeinsamer Arbeit, dann muß es gelingen, auch Stadt und Land in einem glücklicheren Vaterlande einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Starker Beifall.)

Verbandsdirektor Weiler verbreitete sich alsdann über das

neue badische Fürsorgegesetz.

Seine Ausführungen gipfelten in dem Vorschlage folgender Entschließung, die einstimmig gutgeheißen wurde:

Der badische Gemeindebeamtentag hält eine derzeitige Regelung der Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung der Gemeindebeamten Badens durch das Fürsorgegesetz für ungenügend und unzweckmäßig; er ersucht Regierung und Landtag dringend, unverzüglich in eine durchgreifende Aenderung der Verhältnisse nach folgenden Richtlinien einzutreten:

1. Die Gemeindebeamten Badens sind in Bezug auf die Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung mit den Beamten von Reich und Staat gleichzustellen.

2. Zu diesem Zwecke ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Zwecke gegenseitiger Ausgleichung der Kosten, die den Gemeinden durch die Versorgung von Beamten und ihren Hinterbliebenen erwachsen, zu errichten. Es bestehen keine Bedenken, wenn in einer besonderen Abteilung dieser Körperschaft die Risiken, welche durch die Verleihung der Ruhegehaltsberechtigung an die Arbeiter der Gemeinden entstehen, eingeschlossen werden.

3. Die Beiträge sind im Wege des Umlageverfahrens aufzubringen, wobei nichts dagegen einzuwenden ist, wenn beim erstmaligen Eintritt in die Fürsorgekasse die durch ein erhöhtes Alter bedingten erhöhten Risiken mit höheren Beiträgen belastet werden.

4. Die Verwaltung der Kasse erfolgt statutarisch durch Vertreter der Gemeinden und Beamten mit einem von den Gemeinden zu stellenden Vorsitzenden und einem von den Beamten zu ernennenden Stellvertreter.

Auf dieser Grundlage soll ein Mantelgesetz geschaffen werden, vor dessen Erlassung die Gemeinden und die Organisation der Gemeindebeamten zu hören ist.

Der Tag wurde mit einem gemütlichen Beisammensein im Heim des Turnvereins abgeschlossen.

Tagung der badischen Wagnermeister.

= **Karlsruhe**, 22. Mai. Das badische Wagnerhandwerk vereinigte am Samstag zahlreiche Vertreter zur zweiten Landesversammlung im Colosseumssaale. Der erst vor 1½ Jahren in Offenburg gegründete Verband zählt heute 48 Innungen mit rund 1500 Mitgliedern. Der von Schriftführer Kohlenbecker erstattete Tätigkeitsbericht gab ein anschauliches Bild der reichen und selbstlosen Arbeit des Vorstandes, an dessen Spitze der Wagnermeister Spitzfaden-Karlsruhe steht. Die mit großer Sachkunde aufgestellte Preisliste ist allen Innungen zugegangen und dient zur Grundlage für die Berechnungen. Sie hat ihren Zweck vollauf erfüllt.

Auf den Kassenbericht des Kassiers Teuerer folgte ein interessantes und lehrreiches Referat des Syndikus Endres von der Handwerkskammer Karlsruhe über die neuen Steuern. Er ging aus von der Unmöglichkeit, aus dem deutschen Volke noch weitere 60 Milliarden herauszuholen, wie es die Entente will. Es gäbe in Deutschland nichts mehr, das nicht steuerlich erfaßt wäre, und daß der Bogen überspannt sei, würde selbst von Sachverständigen der Gegenseite anerkannt. Nur noch Tage trennten uns von dem schicksalsschweren 31. Mai. Hoffentlich habe Reichsfinanzminister Hermes in Paris den vor drei Wochen betonten Standpunkt nicht eingeschränkt. Der Redner zeichnete dann in instruktiver Weise unsere Steuergesetzgebung und beleuchtete die Wirkungen der einzelnen Steuerarten auf das deutsche Wirtschaftsleben. Die Steuergesetze müßten so gehalten sein, daß sie keine Gefahr für den Bestand der Volkswirtschaft bilden. Von größter Wichtigkeit für das Gewerbe sei die richtige Veranlagung und Bewertung des Vermögens, und daher die Zuziehung von Fachleuten zu den Steuerausschüssen geboten. Da das Jahr 1922 gar manche steuerliche Verpflichtung mit sich bringe, tue der Handwerker gut, sich rechtzeitig zu unterrichten. Die Steuerfrage sei heute zur reinen Existenzfrage geworden. Bis zum Letzten würden alle Quellen ausgeschöpft, ja man zahle bereits aus der Substanz des Vermögens, das zudem mehr und mehr in ausländischen Besitz gerate. Wir leben nicht mehr wie vor dem Kriege und schwimmen im Papiergeld. Unter solchen Umständen kann uns nur noch die vermehrte Arbeitsleistung helfen. Der Redner ermahnte zum Schluß die Handwerker, nicht erst zu schimpfen, wenn der Steuerzettel ins Haus fliegt, sondern sich intensiv um die steuerlichen Fragen zu kümmern, auch nach der Richtung, wie sie auf die Betriebe wirken. Sie sollen fleißig die Fachorgane lesen und die Beratungsstellen aufsuchen, wie sie z. B. die Karlsruher Handwerkskammer hier und in Pforzheim errichtet hat. Nötig sei vor allem der Opfermut für die Organisation, wie man ihn bei den Arbeitnehmern finde. Das Gewerbe hat auch ein Recht darauf, zu sehen, wie die Steuerbeträge verwendet werden; es muß Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwaltung fordern.

Die Versammlung spendete reichen Beifall.

Eine rege Debatte knüpfte sich an die Beitragsfrage. Schließlich wurde der Jahresbeitrag einmütig auf 50 ℳ (bisher 15 ℳ) festgesetzt. Auch für die Leistungen der Wagner an Staat und Gemeinde soll eine Preisliste ausgearbeitet werden.

Zum Tagungsende stellte der Vertreter des württembergischen Verbandes, Klenk-Ludwigsburg, fest, welch wertvolle Ergebnisse der enge Zusammenschluß des Handwerks schon gezeitigt habe. Württemberg erstrebt eine Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Wagnermeisterverbände.

Der nächstjährige badische Verbandstag findet im Mai in Heidelberg statt. Der seitherige Vorstand, dessen Tätigkeit allseitig anerkannt wurde, bleibt ein weiteres Jahr im Amte.

Badische Politik

Gesuche und Beschwerden an den Landtag.

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden des Landtags befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Eingabe der Freiburger Handwerkskammer, die den Uebergang der Lehrbetriebe für Industriearbeiter an die deutschen orthopädischen Werke zum Gegenstand hat. In der Eingabe wird bemerkt, daß durch diese Lehrbetriebe, welche die Prothesen an Kriegsbeschädigte anfertigen, das badische Handwerk benachteiligt werde, weil die Betriebe vor der Privatindustrie bevorzugt werden. Nach dem Kriege sind diese Lehrbetriebe an die deutschen Werke verkauft worden. Von Regierungsseite wurde bemerkt, daß bei der Verteilung von Aufträgen auch die Privatindustrie berücksichtigt werde. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen, wonach die Eingabe der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen werden soll, als die Privatbetriebe mit den deutschen Werken tatsächlich gleichgestellt werden sollen und ein allmählicher planmäßiger Abbau der deutschen Werke erfolgt.

Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden erledigt ein Gesuch von Viehbesitzern im Amtsbezirk Waldshut wegen Ersatzes des durch die Maul- und Klauenseuche eingetretenen Schadens und eine Eingabe des Landesverbandes der Saal- und Konzertlokalinhaber über die Aufhebung von Tanzverboten an gewissen Sonn- und Fejertagen. Weiter erledigte der genannte Ausschuß noch eine Denkschrift des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine wegen Entfernung aller Hoheitsabzeichen unter Berücksichtigung der baukünstlerischen und geschichtlichen Werke mit der Erklärung, daß die Regierung durch einen Erlaß vom Jahre 1919 den in der Denkschrift niedergelegten Wünschen schon Rechnung trage.

Titelfragen im Haushaltausschuß.

Der Haushaltausschuß des Landtags befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Eingabe des Vereins höherer Beamten dahingehend, den Titel Oberamtmann in Landrat und den Titel Amtmann in Regierungsrat umzuändern. Der Minister des Innern Remmele erklärte, er könne dem Vorschlag der oberen Beamten nicht beitreten und einige Abgeordnete bemerkten, mit dem Titel „Landrat" an Stelle des Titels Oberamtmann finde sich die badische Bevölkerung nicht ab. Man solle bei den alten eingebürgerten Titeln verbleiben. Mit 11 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen nahm der Haushaltausschuß dann einen Antrag an, daß die Gemeindeverwaltungen und sonstigen öffentlichen Körperschaften Titel, die den Staatsbeamten zukommen, nur mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums verleihen dürfen. Diese Bestimmung habe, wie die neue Besoldungsordnung, ab 1. April 1920 zu gelten. Die Regierung wird ersucht, in dieser Angelegenheit mit anderen süddeutschen Regierungen in Verbindung zu treten.

Turnunterricht.

Die Zentrumsfraktion des Landtags hat einen Antrag eingebracht, wonach an Schulen derjenigen Gemeinden des Schwarzwalds und des Odenwalds, an denen wegen des weiten Schulwegs der Schüler oder wegen des gebirgigen Geländes der Turnunterricht bisher nicht eingeführt war, auch künftighin von dessen Einführung abgesehen wird.

Aus dem Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 37 vom 19. Mai hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministeriums des Innern: Die Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten; Aenderung der Verwaltungsgebührenordnung.

Aus dem Reichsgesetzblatt.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 35 vom 19. Mai hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Regelung der Einfuhr. Verordnung über künstliche Düngemittel.

Verschiedene Drahtmeldungen

Die Not im besetzten Gebiet.

Koblenz, 22. Mai. Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Fürsten Hatzfeld und in Anwesenheit des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Dr. Brugger, sowie der Vertreter sämtlicher von der Besatzung betroffenen Länder und Verwaltungsbehörden fand in den Diensträumen des Reichskommissariats eine Sitzung des parlamentarischen Beirats statt. Der Reichskommissar gab in längerer Rede einen allgemeinen Ueberblick über die politische Lage des besetzten Gebietes. In ausgedehnter Besprechung wurden sodann von den verschiedenen Mitgliedern des parlamentarischen Beirats Wünsche, Beschwerden und Klagen vorgebracht, insbesondere gegen die starke Inanspruchnahme von Acker- und Weideland durch die Besatzungstruppen zu Uebungszwecken, auch gegen die sich immer stärker bemerkbar machende Einschränkung der Rede-, Vereins- und Pressefreiheit. Auch bezüglich der Wohnungsnot und der Herstellung von Wohnungen zur Milderung der schweren Besatzungslasten wurden Wünsche vorgebracht. Der Reichskommissar versicherte, daß er sich aller dieser und noch vieler anderer vorgebrachte Wünsche und Beschwerden mit Entschiedenheit annehmen werde.

Aus der Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 22. Mai. Wie die Vorstände des deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten dem „Vorwärts" mitteilen, ist es in der letzten Zeit zwischen den beiden Verbänden zu Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront gekommen. Beide haben sich bereit erklärt, die gegenseitige Bekämpfung aufzugeben und in der Frage der Maßregelungen, sowie auf dem Gebiete der Neuordnung der Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse fernerhin gemeinsam vorzugehen. Das künftige Zusammenarbeiten soll durch eine Vereinbarung gesichert werden.

Aus den österreichischen Lohnkämpfen.

Wien, 22. Mai. Der Verband der österreichischen Eisen- und Metallwarenproduzenten hat im Verein mit dem ihm angeschlossenen Genossenschaften der metallverarbeitenden Gewerbe gestern das Wiener Bezirkssekretariat des österreichischen Metallarbeiterverbandes davon verständigt, daß seine am 18. d. M. abgehaltene Generalversammlung beschlossen habe, mit dem Arbeitnehmerverband in Verhandlungen einzutreten, da die neu errechneten gleitenden Teuerungszulagen von den Produzenten aus materiellen Gründen nicht mehr geleistet werden könnten. Der Arbeitnehmerverband wird ernstlich gebeten, die Angelegenheit durch mündliche Verhandlungen mit dem Produzentenverband zu erledigen, andernfalls müßten weitere Entlassungen, Betriebseinschränkungen und Stillegungen vorgenommen werden. Unter den jetzigen Lohnverhältnissen mit ihren verhängnisvollen Begleiterscheinungen sei für die Mitglieder des Produzentenverbandes eine Arbeitsmöglichkeit durchaus nicht mehr gegeben.

Die Wiener Sänger in Berlin.

w. **Berlin**, 22. Mai. (Drahtber.) Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichskanzlers, der anderen Minister und Vertretern der Behörden den „Wiener Männergesangverein" zum Tee im Garten seines Hauses. Der Reichspräsident hielt eine Ansprache, in der er seiner Freude Ausdruck gab, den Wienern einen recht herzlichen Willkommengruß entbieten zu können. Der Reichspräsident ging dann auf die große Not in Oesterreich ein und schloß, indem er den Glauben an unsere Zukunft aussprach, mit dem Wunsche, daß das Deutschland und Oesterreich umschließende Band fester werde.

„Das Gold im Meer".

w. **Brest**, 22. Mai. (Drahtber.) Die „Aegypt" ist an einer 119 Meter tiefen Stelle gesunken. Sie beförderte 1½ Million in Goldmünzen. Das Gepäck und die Schiffsbücher sind verloren. Ein einziger Postsack nach Indien wurde gerettet. Kanonenboote befanden sich in der Gegend, wo der Dampfer sank.

Christenfeindliche Bewegung in China.

t. **Hamburg**, 22. Mai. Die von Pekinger Studenten ausgehende christenfeindliche Bewegung in China breitet sich sehr aus, nicht nur Christen, sondern auch Ausländer werden in der Presse angegriffen. Die Studenten stehen in Verbindung bolschewistischer Agenten, die ihnen sagen, daß die ausländischen Kapitalisten China aussaugen wollen.

*

Eine große Fabrik in Rumänien niedergebrannt. **Sonntag** Nachmittag wurde eine der größten, Fabrikanlagen, die Maschinenfabrik Vulkan in Bukarest, durch Feuer zum größten Teil zerstört. Der Schaden wird auf 10 Mill. Lei geschätzt. Die Fabrik war versichert. Infolge des Brandes sind mehr als 600 Arbeiter brotlos geworden.

Sport-Spiel

Fußball.

Der F. C. **Phönix** hat am Sonntag in Frankfurt das Rückspiel gegen die dortige Eintracht ausgetragen und trotz 6 Ersatzleuten (ohne Bekir, Oberle, Sammer, Nagel, Christ und Vetter) mit 3:1 gewonnen.

Verbesserungen in den Zugsverbindungen mit Karlsruhe und dem badischen Lande.

Der Verkehrsverein Karlsruhe teilt uns mit:

Der am 1. Juni d. J. in Kraft tretende Sommerfahrplan für die ehemals badischen Bahnen wird eine ganze Reihe, zum Teil lange erstrebter Verbesserungen der Eisenbahnverbindungen für die badische Landeshauptstadt und damit für das badische Land selbst bringen. Sie werden in der Hauptsache aus folgendem bestehen:

a) 1. In der Richtung Süd-Nord: Es ist ein neuer Zug (Eilzug 95) Offenburg ab 7,48 vorm. vorgesehen. Er liegt im Laufe des seitherigen Hamburger D 85, der etwas später gelegt wird. Der Zug 95 hat den Zweck, Anschlüsse herzustellen in Karlsruhe an den Münchner Zug D 59, der bisher nur nach Stuttgart ging (Karlsruhe ab 9,24 v.) und jetzt nach München durchgeführt wird. Auf diesen Zug 95 sind von Freiburg her Personenzugsanschlüsse gleichfalls vorhanden. Nach Basel besteht eine Verbindung durch das neue Eilzugspaar 384/85 nach München über die Höllentalbahn mit Umsteigen in Ulm. Ferner ist ein Baden-Badener Wagen vorgesehen München—Baden-Baden, Baden ab 8,23 v., er wird auf den Zug D 59 übergestellt. Die Wagen, die von Offenburg kommen, werden auf diesen Zug gleichfalls übergestellt und bis Mühlacker geführt. Ankunft des Zugs in München 4,55 n.

2. D 175 (Basel—Frankfurt—München-Gladbach), der seither schon lief, ist früher gelegt, ab Basel (ab 6,32 v.). In diesem Zug soll ein Wagen von Baden-Baden über Heidelberg, Baden ab 9,13 v. eingestellt werden. Außerdem kommen in diesen Zug ein Wagen Baden-Baden—Amsterdam und zwei Wagen Baden-Baden—Berlin. Der Baden-Baden—Amsterdamer Wagen wird übergestellt auf D 163 ab Karlsruhe 10,37 v.

3. Der Hamburger Zug D 85, der bisher nur ab Freiburg lief, wird ab Basel geführt und etwas später gelegt (Basel ab 7,20 v.). Er hat Anschlüsse in Basel aus Italien und zerfällt in drei Abteilungen:

a) eine Holländer Abteilung, b) eine Berliner Abteilung, c) eine Hamburger Abteilung. Die Holländer Abteilung besteht aus Wagen Genua—Amsterdam, einem Wagen Genf—Haag und aus dem Speisewagen Hoeck van Holland. Diese Wagen gehen in Karlsruhe auf den D 163 über. Zu der Holländer Abteilung kommt der vorhin erwähnte Baden-Baden—Amsterdamer Wagen aus D 175. Die Berliner Abteilung besteht aus einem Wagen Genua—Berlin. In Karlsruhe werden noch dazu gestellt aus dem Zug 175 die Baden-Baden—Berliner Wagen, so daß wir ab Karlsruhe 3 Berliner Wagen laufen haben, während 4 Wagen nach Hamburg laufen (mit dem D 85).

4. Der Zug D 269 (der seitherige Dortmunder Zug) bleibt bestehen. Basel ab 10,45 v. Er hat eine Frankfurter Abteilung, die auf den Zug 159 übergeht und über Heidelberg läuft. Er wird voraussichtlich zwischen Bruchsal und Heidelberg doppelt geführt werden, weil er noch Münchner Wagen bekommt.

5. D 75 (Hamburger Zug) läuft ab Basel 3,00 n. und hat einen Wagen Zürich—Altona.

6. Der Berliner Zug D 1 wird ab Basel etwas später gelegt (3,50 n.) und hat Anschluß an Mailand. Er bekommt außerdem den jetzt schon fahrenden Wagen Zürich—Berlin und einen neuen Wagen Mailand—Berlin. Die seither nach Kattowitz laufenden Wagen werden künftig nur noch nach Dresden gehen. Er erhält einen direkten Schlafwagen Karlsruhe—Berlin. Die Verteilungsstelle für diese Schlafwagenplätze geht von Mannheim auf den Verkehrsverein Karlsruhe über, womit einem dringenden Bedürfnis der Karlsruher Geschäftswelt endlich Genüge geleistet wird.

7. Der Zug D 207 (der seitherige 107), ein Holländer Zug, dessen Bettplätze gleichfalls vom Verkehrsverein Karlsruhe verteilt werden, fährt in Basel ab 7,35 n. und hat Anschluß von Mailand, der etwas später gelegt wird, außerdem einen Wagen Mailand—Amsterdam und einen Wagen Chur—Haag (bisher in dem Zug 281). Dazu kommt eine Abteilung Basel—Oberhausen. Er hat seither schon einen Basel—Amsterdamer Wagen. Er soll den Basel—Amsterdamer Schlafwagen erhalten, außerdem ist ein Bedarfsschlafwagen vorgesehen, neu bekommt er einen Schlafwagen Basel—Oberhausen. Es ist noch unentschieden, ob außer den Bettplätzen, die seither im Amsterdamer Schlafwagen vorgesehen waren, die Bettplätze in diesem Basel—Oberhausener Wagen in Karlsruhe verteilt werden, dann hätte Karlsruhe 6 Plätze im Amsterdamer Wagen und 6 Plätze im Oberhausener Wagen. Der Verkehrsverein hat den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß dies geschieht, und daß die Verteilungsstelle für diese gesamten Schlafwagenplätze nach Karlsruhe kommt. Es würde ferner einem lebhaften Bedürfnis der hiesigen Einwohnerschaft und besonders der Karlsruher Geschäftswelt entsprechen, wenn der weitere Wunsch des Verkehrsvereins Karlsruhe in Erfüllung ginge, daß auch die Verteilung der Schlafwagenplätze in der Stuttgarter Abteilung des Holländer Zuges D 107, die seither Stuttgart hatte, nach Karlsruhe verlegt würde, damit sie in einer Hand sind.

8. Der seitherige D 281 (Holländer Zug 2. Kl.), Basel ab 11,35, mit Wagen nach Amsterdam—Rotterdam wird voraussichtlich an Stelle eines Wagens Basel—Amsterdam einen solchen Genua—Amsterdam erhalten, außerdem 2 Schlafwagen nach Wiesbaden. Er wird zudem noch einen 1. und 2. Klasse-Wagen und zwei 3. Klasse-Wagen Basel—Berlin erhalten, womit eine weitere dreiklassige Verbindung nach Berlin hergestellt ist.

B. 1. In der Richtung Nord-Süd: Der Holländer Zug D 282 (siehe oben), der in Basel 6,48 morgens ankommt, erhält durchlaufende Wagen 1., 2. und 3. Klasse Berlin—Basel.

2. D 208, seither D 108 (Holländer Zug), Mannheim ab 6,05 morg., wird beschleunigt und kommt ¾ Stunden früher als seither nach Basel. Er führt wie bisher die Holländer Wagen mit und eine Oberhausen-Baseler Abteilung sowie die Schlafwagen von Oberhausen und Amsterdam.

3. Der Berliner Zug D 2 hat Schlafwagen von Berlin nach Karlsruhe (Karlsruhe an 9.45 v.) und führt neu einen Mailänder Wagen.

4. D 76 (Hamburger Zug) bleibt unverändert bestehen.

5. D 270 (der rheinische Zug) kommt in Karlsruhe 3.12 an, in Basel 7,02 n.

6. Der Zug D 176 von München-Gladbach über Heidelberg erhält in Karlsruhe aus dem Münchener Zug D 4, der abends 6,35 hier ankommt, die Münchner—Baden-Badener Wagen 1., 2. und 3. Klasse, ebenso die Mühlacker—Offenburger Wagen, die morgens heraufgeschickt worden sind.

7. D 86 (der Hamburger Zug mit der Holländer und Berliner Abteilung) gibt die Baden-Badener Wagen, die mit diesem Zuge ankommen, in einem besonderen Zuge von Karlsruhe bis Baden-Baden ab, so daß die Reisenden kurz vor 9 Uhr abends in Baden-Baden ankommen.

8. Der bisherige D 152/153 (Schwarzwaldzug) wird als Eilzug über den Schwarzwald gefahren und im Sommer von und bis Karlsruhe geführt.

9. Auf der Kraichgaubahn wird ein neues (beschleunigtes) Personenzugspaar gefahren; Karlsruhe ab 8.20 v., Heilbronn an 10.30, der Gegenzug nach Karlsruhe in Heilbronn ab 12,10 mittags.

C. 1. In der Richtung West-Ost: D 59, bisher bis Stuttgart, wird nach München durchgeführt mit Wagen Baden-Baden—München.

2. D 117 (Paris—Prag über Karlsruhe—Pforzheim), Karlsruhe ab 2,35 n. behält seine Nürnberger und Dresdener Wagen und wird nach Prag weitergeführt.

3. D 56/93 München—Paris und München—Frankfurt (seither über Aschaffenburg) wird über Karlsruhe geleitet.

4. D 4 Frankfurt—Bruchsal—Karlsruhe—Pforzheim—München—Wien erhält Baden-Badener Wagen.

D) An beschleunigten Personenzügen werden, abgesehen von den oben genannten, noch geführt werden:

1. Zug 998 ab Mannheim nach Freiburg.

2. Zug 999 Freiburg ab 5.05 n., Karlsruhe 7,54 n., nach Mannheim mit Anschlüssen von Frankfurt nach Berlin (dort an mittags 12,00. Er führt 4. Klasse, eine sehr erwünschte Verbindung mit 4. Klasse nach Berlin.

3. Zug 2310 ab Pforzheim 9,06 v.

Es möge hieraus entnommen werden, daß der diesjährige Sommerfahrplan erfreulicherweise wiederum namhafte Verbesserungen für die badische Landeshauptstadt und das badische Land, besonders was die durchgehenden Verbindungen anlangt, aufweisen wird. Wünsche bleiben noch bestehen hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung des Nahverkehrs. Der Karlsruher Verkehrsverein wird sich bemühen, auch hierin noch weitere Zugeständnisse im Laufe der nächsten Zeit zu erreichen.

Es gibt nichts Besseres als **Schuhputz Nigrin!**

Laden
Eckl. mit 8 großen Schaufenstern in Karlsruhe vorzügl. geeignet für jedes Geschäft, auf der Hauptstr. gelegen per sofort
zu vermieten.
Angeb. unter F. K. 4408 an Rudolf Mosse, Karlsruhe B.

Städt. Freibank
Fleischabgabe
Mittwoch von 9–10 Uhr Nr. 651–800
Freitag 2–3 Uhr: Nr. 801–1000.
Samstag von 9–10 Uhr Nr. 1001–1200.

Rinderfarren-Versteigerung.
Die Gemeinde Linkenheim versteigert am Freitag, 26. Mai 1922, nachm. 3 Uhr, auf dem Rathause einen abgängigen fetten Rinderfarren.
Der Gemeinderat.

Zu vermieten

Möblierte Wohnung
über die Sommermonate zu vermieten. Angebote nur mit Referenzen unt. Nr. 515 ins Tagblatt b.

Wohnungstausch.
Biete an 5 Zimmerwohnung mit Zubehör zwisch. Markt- u. Schloßplatz, 3. Stock. Suche ger. 6 Zimmerwohnung in freier Lage und gutem Hause. Näh. v. Dambrowski, Parkstr. 7 III.

Zimmer
In ruhiger, vornehmer Lage, Nähe Mühlb. Tor
gut möbl. Zimmer
mit elektr. Licht zu verm. Richheimer, Haydnpl. 2.

Pfannkuch & Co
Zum Einkochen!
empfehlen wir statt des zur Zeit sehr knappen Zuckers prima
Zucker-Honig
Pfund-Würfel 11.50
Pfannkuch & Co

Miet-Gesuche
Suche eine schöne 2 Zimmerwohnung. Vordringlichkeitskarte vorhanden. Angeb. an A. Schnebelt, techn. Leiter, Goethestraße 18.

Zimmer
Gut möbl. Zimmer für ruh. Herrn auf 1. Juni ges. Angeb. unt. Nr. 507 ins Tagblattbüro erbet.

2–3 leere Zimmer
werden alsbald zu miet. ges. Angeb. unt. Nr. 512 i. Tagblattbüro erbeten.

Leere Mansarde zum Einstellen von Möbeln u. dgl. zu vermiet. Südl. Hildavorommenade 2 I.

Offene Stellen

Verkäuferin.
Eine mit der Lebensmittelbranche durchaus vertraute Verkäuferin per 1. Juni gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 494 ins Tagblattbüro erbet.

Haushälterin
Fräulein, eventl. kinderl. Wwe., evgl., welche kl. Haush., 2 Pers. vorstehen kochen u. das Ladengeschäft mitbesorgen kann, für sof. nach Karlsruhe gesucht. Geschäftsgew. u. durchaus ehrl. Charakter Grundbed. Gute Behandl. u. Entlohn. Spät. Heirat nicht ausgeschl. Verschw. zugel. Bewerbungen u. Angabe des Alters, Fam.-Verhältn., mit Lichtbild unter Nr. 511 ins Tagblattbüro erb.

Mädchen
brav., fleißig., das willig alle Hausarb. verrichtet, zu kl. Fam. sofort gesucht. Rüppurrerstr. 29 c II. r.

Fleißig. brav. Mädchen für Küche auf 1. Juni gesucht. Gute Bezahlung u. Behandlung zugesichert Kantinenverwaltung Karlsruhe Rangbhf. Zimmerstraße.

Mädchen.
Suche per sofort oder auf 1. Juni für Küche u. Haushalt ein ehrliches Mädchen.
Frau Bucherer, Zähringerstraße 42 II.

Für eine Gruppe von mehreren Ein- bezw. Zweifamilienhäusern an fertiger Straße der Weststadt wird noch ein
Bauherr
gesucht. Die Häuser werden unter Zuhilfenahme der städt. Bezuschussung gebaut.
Interessenten, die über ein größeres Baukapital verfügen, werden gebeten, sich unter Nr. 476 an das Tagblattbüro zu wenden.

Jüngeres Mädchen
für kl. Haushalt von 3 Personen sof. od. 1. Juni gesucht: Herderstr. 2 I.

Besseres Mädchen oder einfache Stütze wird als Alleinmädchen für sofort oder 1. Juni gesucht. Gehalt zeitentsprechend. Frau Professor Frangen, Kriegstraße 47. Tel. 3369.

Ein Küchenmädchen
wird gesucht.
Goldener Hirsch, Kaiserstraße 129.

Stellen-Gesuche
Frau sucht für Freitags od. Samstags Beschäftigung, gleich welch. Art. Angeb. u. Nr. 505 ins Tagblattbüro.

Verkäufe

Eilangebot.
Ein Herrschaftshaus der Weststadt in allerbester Lage, für 40 Arbeiter, Garten 2 ar. Besitzer räumt 5 Zimmer und Bad. Angeb. unter Nr. 516 ins Tagblattb.

Zu verkaufen:
1. Güter, mehrere sehr preisw. Einfamilienhäuser mit Gärten, Villen in Landteilen Deutschlands;
2. Geschäftshäuser, darunter 1 Bäckerei und 5 Kolonialw.-Geschäft., sofort beziehbar;
3. zwei sofort zu übernehmende Mineralwasserfabriken, 6 Villen 2 in Bälde und 1 sofort beziehbar.
1 Auto, 4 Zyl., 4 Sitzer.
Linder,
Karlsruher Liegenschaftsvermittlungszentrale Sofienstraße 95.

Zu verkf. Wohnzimmer, hell eiche, Herrenzimmer dunkel eiche. Fröhlich, Uhlandstr. 12, Möbelhandlung.

2 pol. Bettstellen mit Rosten, 1 Nachttisch, gebraucht zu verk. Lessingstraße 74 II rechts.

Zu verkaufen:
1 Bettstelle, Strohsack, Matratze, 1 Firmenschild, Wasserläufer für Gärten, 1 Gaslüster, dreiarmig, 3 Zimmertüren, 4 Balken 1 Wasserstein und Ofensteine, Steinplatten, 1 Rest Ziegel, Schindeln, Backsteine und Mauersand, Durlacherstr. 57. 2. Stock.

1 gebr. Singer-Nähmaschine f. Hand- u. Fußbetr., 2 Glaslichtbilder (Diaphanien) zu verkf. Westendstraße 1, part.

Zu verk. bein. neu, leicht.
Opelmotorrad
Baujahr 1921. Auskunft erteilt d. Tagblattbüro.

Voilekleid, hellblau, Seidenmantel, schwarz, beides Größe 44, Tüllhut sehr billig abzugeben: Weltzienstr. 20, IV links, 12–3 und 8–9 Uhr.

Kindersportwagen zu verkaufen Durlacher Allee 58, Friedrichsbau 7.

Schreibtischlampe
für Gas zu verkaufen. Kaiserstraße 56. III.

3½ m, 110 breit weiße Voile zu verk. od. Tausch für 2 weiße Bettbezüge Yorkstraße 36 IV.

Zu verkf.: dunkelgr. Seidenkleid (nicht f. jg. Mädch). Sonnenschirm, Flaschenschrank, Aquarium, Oelgemälde, nachm. Hübschstr. 34. III.

Bretterwand, 4½ qm für kl. Gartenhaus geeig. Kinderschreibpult doppelseit. m. Stühlch., 1 Stativ z. verk. Akademiestr. 16, Seitenbau III. Stock. lks.

Bohnenstecken
eingetroffen
Holzhandlung Schmid, b. Ettlinger Unterführ.

Kaufgesuche

Zu kaufen gesucht:
1. In der Karl-, Ettlinger- od. Kaiserstraße oder deren dicht anliegenden Nebenstr. 2 Häuser mit je 5 Zimmer.
2. In der Weststadt, Näh. Kaiserallee 1 Haus mit Autogarage.
3. 1 Haus mit Werkstatt (Zigarettenbranche 20 Arbeiter). Lage gleichgültig. Barzahlung erfolgt. Vermittler verbeten.
Angebote unter Nr. 513 ins Tagblattbüro erbet.

Schön. Herrenzimmer
gebraucht. Wohnzimmer, eichen (gewichst) bestehend aus: Büfett, Kredenz, Ausziebt., 6 Lederstühle, 2 gleiche Fauteuils (mied. Lehnstühle für Friseure) 2 schöne Mahagonie-Nachttische, zwei gleiche Mahagonie-Stühle, zwei schöne, große Vorlagen (Felle) 12 schöne Fischbestecke, Christofle oder Geislinger Ware, sofort geg. bare Zahlung aus Privatbesitz zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe u. Nr. 510 ins Tagblattbüro erb.

Zu kaufen ges. Bett, Schrank, Diwan, Vertiko, Kinderbett und Küchenschrank. Angebote unter Nr. 509 ins Tagblatt b.

Dezimalwage
bis 500 kg Tragkraft, saubere Korbflaschen, alle Größen, runde Bonbongläser, Blechdosen, weiße Literflaschen zu kaufen gesucht: Werderstraße 11, Seitenbau.

Herren- und Damenkleider, Schuhe, Weißzeug, alte Möbel, Federnbetten, Matratzen, auch ältere, Uhren kauft zu den höchsten Tagespreisen
B. Meer,
Ans- und Verkaufshaus, Kaiserstr. 37. Tel. 4870.

Schuppen-Abbruch
Von Montag, den 22. ds. Mts. an, werden in der verlängerten Gerwigstr., Karlsruhe, neben Holzhandlung Kempermann, alle Sorten Abbruchmaterialien abgegeben, auch Material für kleine Gartenhäuschen. Näheres auf der Abbruchstelle oder Gebr. Griesinger, Eggenstein, Telephon 5635, Amt Karlsruhe.

Zirka 6000 lfdm Stacheldraht zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 508 ins Tagblattbüro erbet.

Gebrauchte Möbel
sowie ganze Haushaltungen kauft die
Altmöbelstelle
Gemeinnützige Hausratsverwertung
Schloßplatz 13
Telefon 3204.

Bester Zahler
für getrag. Kleider, Schuhe Weißzeug, Alteisen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen.
J. Brief, Fasanenstraße 35.

Mittwoch von 10 bis 6 Uhr
werden künstliche Zähne gekauft
per Zahn 25 u. 40 Mk.
Karlstr. 37, part.

Alt-Gold
Silber — Platin-Gegenstände
Gebisse, Brennkiste,
kauft zu höchstem Preis
L. Theilacker,
Uhrmacher, Hebelstr. 23, gegenüb. „Kaffee Bauer."

An- u. Verkauf
von Kleidern, Schuhen, Wäsche, Möbel u. alle Art Gegenst. zu reellem Tagespreis. H. Glober, Zähringerstraße 53a. Telephon 3488.

Gartendünger
(Ovin Guano),
Hornspäne
in verschiedenen Mahlungen sind eingetroffen.
C. Frohmüller
Samenhandlung, am Ludwigsplatz.

Handtücher!
Gerstenkorn, pro Meter Mk. 23.— solange Vorrat
Bender, Schloßbez. 6. III. frühere Hofküche.

Gemälde großer Meister
auch
Orient-Teppich
für außerhalb zu kaufen gesucht. Angebote unter L. G. 15601 an Ala-Haasenstein & Vogler, Karlsruhe.

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu höchsten Tagespreisen
Hermann Gengenbach
Goldschmied und Juwelier
Kaiserstraße 243.

Alte Gold-, Silber- u. Platin-Gegenstände, Gebisse, Uhren
auch reparaturbed., kauft zu den höchst. Tagespr.
M. Engelberg Uhrmacher Kaiserstr. 93, 1 Tr.

Alteisen, Altmetalle,
Metallabfälle, Späne und Aschen, wie
Altpapier, Zeitungen u. Akten
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
D. Turner, Sofienstr. 65
Tel. 5426 u. 4316

Alteisen, Altmetalle,
Metallabfälle, Späne und Aschen, wie
Altpapier, Zeitungen und Akten
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.,
Beiertheimer Allee 8 Tel. 801 u. 702.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig
Geschw. Gutmann Ecke Kaiser- u. Waldstr.

Statt jeder besonderen Anzeige. — Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwiegervater und Großvater

Herr Carl Schlager
Generalagent a. D.

heute nachmittag ½2 Uhr im vollendeten 71. Lebensjahre, nach längerem Leiden, sanft entschlafen ist. Er folgte unserer lieben Mutter nach 3 Monaten in den Tod nach.

Karlsruhe, Sommerstr. 12, den 22. Mai 1922.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Professor Friedrich Schlager.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai 1922, nachmittags 5 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, welche mir anläßlich des Heimganges meiner lieben Mutter von allen Seiten zuteil wurden, sowie für die reichen Kranz- und Blumenspenden sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Karlsruhe, den 22. Mai 1922.

Dr. Keul.

Todes-Anzeige.

Freunden, Bekannten und Verwandten die schmerzerfüllte Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine liebe gute Frau

Lydia Ottonie Streckfuß
geb. Eitner

unerwartet rasch in ein besseres Jenseits abzuberufen.

Karlsruhe, den 22. Mai 1922.

In tiefer Trauer:
Georg Streckfuß

Beerdigung Dienstag, 23. Mai 1922, 2 Uhr nachmittags von der Friedhofkapelle aus.

Trauerhaus: Goethestr. 2, (Eingang Scheffelstr.)

Danksagung.

Für die warme Teilnahme anläßlich des Heimgangs unseres lieben Bruders und Onkels

Karl Laub
Oberrechnungs-Rat a. D.

sowie für die zahlreichen Kranzspenden sage ich auch im Namen der anderen Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Karlsruhe, den 22. Mai 1922.

Frau Marie Heckmann, geb. Laub.

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Haarspangen Pfeile und Kämme werden repariert und neu aufpoliert bei
H. Bieler
Kaiserstraße 239 zwisch. Douglas- u. Hirsch

Jalousie, Rolladen
Fabrikation, Reparatur-Werkstätte
W. Bäuerle
Rüppurrerstraße 20.

Pfannkuch & Co
Zum Einlegen
Schwere
Landeier
Stück 4.20
Pfannkuch & Co